

Schäfer, Dorothea

Article

"Rauswachsen" anstatt zwanghaft tilgen!

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Schäfer, Dorothea (2012) : "Rauswachsen" anstatt zwanghaft tilgen!, DIW Wochenbericht, ISSN 0012-1304, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 79, Iss. 16, pp. 20-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/58086>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Prof. Dr. Dorothea Schäfer ist Forschungsdirektorin am DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

»Rauswachsen« anstatt zwanghaft tilgen!

Höhere Pendlerpauschale, Steuererleichterung und Schuldentilgung, geht das zusammen? Eigentlich nicht! Dennoch stehen jene, die am lautesten nach Entlastung der Autofahrer rufen, auch an vorderster Front, wenn eine weitgehende Tilgung der Staatsschulden gefordert wird. Deutschland hat wegen der Finanzkrise jüngst sehr schnell eine Schuldenquote von über 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreicht. Aber Spitze ist es damit nicht. Japan liegt bei mehr als 200 Prozent, die USA bei etwa 100 Prozent. Trotz des Anstiegs: Deutschland ist kein Spielball der Finanzmärkte geworden. Im Gegenteil, die Nachfrage nach hiesigen Staatsanleihen ist so groß, dass der Finanzminister mit extrem niedrigen Zinsen den Markt austesten kann. Auch US-Anleihen verkaufen sich gut, und selbst Japan kann seine Papiere mühelos absetzen. Welches Land warum zum Spielball der Finanzmärkte wird, hat wohl wenig mit der Schuldenquote und nichts mit der absoluten Schuldenhöhe zu tun. Spanien hat vor der Finanzkrise einige Jahre Schulden getilgt. Auch jetzt noch liegt die Schuldenquote bei weniger als 70 Prozent. Dennoch gehört Spanien zu den größten Sorgenkindern im Euroraum. Glaubwürdige und transparente staatliche Regeln und Institutionen spielen beim Kampf um das Anlegervertrauen die viel wichtigere Rolle, und da kann Deutschland punkten. Hiesige Anleihen sind gefragt, weil sie gerne als Sicherheit bei Rückkauf-

und Hebelgeschäften akzeptiert werden und auch als Liquiditätsreserve brauchbar sind. Die Knappheit ihrer Anleihen erlaubt es einigen Staaten, Sicherheits-, Flexibilitäts- und Liquiditätsprämien abzuschöpfen und Minimalzinsen anzubieten.

Natürlich ist auch für Deutschland eine geringere Schuldenquote wünschenswert, aber bitte ohne zwanghafte Fokussierung auf Schuldentilgung. Das Angebot an deutschen Staatspapieren weiter zu verknapfen, ist weder sinnvoll noch notwendig. Die Schuldenquote sinkt bereits dann, wenn die Staatsschuld weniger stark steigt als das nominale Bruttoinlandsprodukt. In Deutschland sollten wir es uns erlauben, Staatsschulden auch einmal von der Anlegerseite her „zu denken“. Der Staat bietet den Sparern im Inland vergleichsweise sichere Anlagemöglichkeiten. Mit diesen Mitteln kann die inländische Investitionsnachfrage gestärkt und ein Beitrag zum Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte geleistet werden. Dem Einwand, die entsprechende Investitionsnachfrage könne auch vom Privatsektor kommen, in Deutschland müsse nur viel stärker privatisiert werden, ist eine klare Absage zu erteilen. Gerade hat uns die Finanzkrise vor Augen geführt, wie unverzichtbar ein starker Staat für unseren Wohlstand ist. Eine zwanghafte Verschlinkung ist fehl am Platz.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
79. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Nicole Walter

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Richard Ochmann
Dr. WolfPeter Schill

Lektorat

Karl Brenke
Dr. Alexander Schiersch

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
Susanne Marcus
Tel. +49-30-89789-250
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Stabsabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.